

30. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 14. bis 16. Mai 1979

Aktuelle Steuerfragen

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bonn Bundesfinanzministerium

- I. Die permanente Steuerdiskussion
 1. Allgemeine Gedanken zur Steuerdiskussion
 2. Gesetzentwurf zum Verbot des negativen Kapitalkontos
 3. Alternativregelung zu § 39 KStG
 4. Zur Fremdfinanzierung durch Gesellschafter, die nicht zur Anrechnung der Körperschaftsteuer berechtigt sind
- II. Amts- und Rechtshilfe in nationalen und internationalen Steuersachen
- III. Das Bankgeheimnis und die AO 1977
- IV. Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung
- V. Einkommensteuerrechtliche Probleme des Versorgungsausgleichs nach dem neuen Scheidungsrecht
- VI. Besteuerung ausländischer juristischer und natürlicher Personen in der UdSSR
 1. Persönliche Steuerpflicht
 2. Besteuerungsgrundlage
 3. Steuersatz
 4. Steuerbefreiungen
 5. Besteuerungsverfahren
 6. Andere Steuern als die Einkommensteuer

Fehlentwicklung im deutschen Steuerrecht

Rechtsanwalt Dr. Hans-Peter Reuter, Frankfurt, Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Vorbemerkungen
- II. Das Rückwirkungsverbot und seine Ausstrahlung auf das Verhältnis zwischen Gesellschafter und Gesellschaft
 1. Umfang des Rückwirkungsverbots
 2. Praktische Schwierigkeiten
 3. Schlussfolgerungen
 - a) Beratungspraxis
 - b) Rechtsprechung
 - c) Finanzverwaltung und Gesetzgeber
- III. Die steuerliche Behandlung des Geschäftswerts und ihre Folgen
 1. Das Abschreibungsverbot
 2. Auswirkungen des Abschreibungsverbots
 3. Schlussfolgerungen
 - a) Beratungspraxis
 - b) Rechtsprechung
 - c) Finanzverwaltung und Gesetzgeber
- IV. Besondere Ansätze (Zuschläge) bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und ihre Auswirkungen auf die Steuerbelastung
 1. Die Belastungswirkung der vermögensabhängigen Steuern
 2. Die Erhöhung der Belastungswirkung durch die besonderen Ansätze (Zuschläge) bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens

3. Schlussfolgerungen
 - a) Beratungspraxis
 - b) Rechtsprechung
 - c) Finanzverwaltung und Gesetzgeber
- V. Die Körperschaftsteuerreform in ihrer Wirkung auf steuerfreie Einnahmen der Kapitalgesellschaft (Investitionszulagen und ausländische Einkünfte)
 1. Wirkung der Investitionszulagen
 2. Schlussfolgerungen nach neuem Körperschaftsteuerrecht
 3. Behandlung anderer steuerfreier Einnahmen der Kapitalgesellschaft
- VI. Zum Abschluss: einige Bemerkungen über die steuerliche Betriebsprüfung

Rechnungslegung nach künftigem Recht

Prof. Dr. Marcus Lutter, Bochum

- I. Einleitung
- II. Struktur und rechtliche Bedeutung der 4. Rechtsangleichungs-Richtlinie
- III. Das künftige Bilanzrecht der GmbH
 1. Größenspezifische Rechnungslegung
 2. Einzelfragen
 3. Selbstfinanzierung und Vollausschüttungsgebot
 4. GmbH + Co. KG
- IV. Fortentwicklung des Bilanzrechts aufgrund der 4. Richtlinie
 1. Der Anhang
 2. True and fair view
 3. Wahlrechte
- V. Fortentwicklung der Rechnungslegung über die Richtlinie hinaus
 1. Weitergehende Regelungen
 2. Fortentwicklung durch Rechnungslegungs-Ausschuss
- VI. Prüfung und Publizität
 1. Obligatorische Abschlussprüfung
 2. Publizität des Jahresergebnisses,
 3. Formen der Publizität
- VII. Die gesetzliche Form für die künftige Rechnungslegung

Umstellungsfragen bei In- und Auslandsbeziehungen infolge des Umsatzsteuergesetzes 1980

Ministerialrat Dr. Reinbert Schwarze, Düsseldorf, Finanzministerium des Landes NRW

- I. Auswirkungen auf Inlandsumsätze
 1. Veränderungen der Steuertatbestände
 - a) Unentgeltliche Leistungen von Vereinigungen an ihre Mitglieder
 - b) Erweiterung des Eigenverbrauchs
 - c) Besteuerung von Sachzuwendungen an Arbeitnehmer
 2. Besteuerung von Anzahlungen
 - a) Auswirkungen des Wahlrechts bei der Bagatellgrenze
 - b) Auswirkungen des Wahlrechts beim Übergang
 - c) Fragen zur Vorfinanzierung der Steuer und zur Organisation des Rechnungswesens
 3. Neue Überlegungen bei der Vermietung von Grundstücken und Gebäuden
 4. Steuerermäßigung für freiberufliche Leistungen
 5. Übergang zur Regelbesteuerung bei Kleinunternehmern
 6. Sonderregelungen für bestimmte Gewerbezweige

- II. Auswirkungen auf grenzüberschreitende Leistungen
 - 1. Verlagerung des Ortes der Lieferung bei Einfuhren
 - 2. Verlagerung des Ortes der Dienstleistung vom Inland ins Ausland und umgekehrt
 - a) Organisatorische Überlegungen bei den neuen Abgrenzungsmerkmalen Sitzort Belegenheitsort — Tätigkeitsort — Nutzungsort
 - b) Besteuerung am Sitzort des Leistungsempfängers
 - c) Das neue Umsatzsteuer-Abzugsverfahren
 - d) Vorsteuererstattung an ausländische Unternehmer
 - 3. Bedeutung der Neuregelung der Steuerbefreiung bei Ausfuhratbeständen für die Geschäftsabwicklungen
 - 4. Steuerbefreiung bei Vermittlungsleistungen

III. Umstellung langfristiger Verträge

Betriebliche Altersversorgung in mittelständischen Betrieben im aktuellen Entscheidungsprozeß

Rechtsanwalt Peter Ahrend Fachanwalt für Steuerrecht, Wiesbaden

- A. Einleitung: Bestandsaufnahme der betrieblichen Altersversorgung unter besonderer Berücksichtigung des mittelständischen Betriebs
 - I. Allgemeine statistische Angaben zum mittleren Unternehmen
 - 1. Definition des mittleren Unternehmens
 - 2. Anzahl und Anteile der mittleren Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer
 - 3. Wirtschaftsbereiche
 - 4. Rechtsformen
 - 5. Entwicklung der mittleren Unternehmen
 - II. Statistische Angaben zur betrieblichen Altersversorgung in mittleren Unternehmen
 - 1. Erhebung über die betriebliche Altersversorgung 1976
 - 2. Verbreitung
 - 3. Gestaltungsformen
 - 4. Leistungsformen und Leistungsniveau
 - 5. Aufwendungen, Pensionen, Mittel
 - 6. Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in den mittleren Unternehmen
- B. Aktuelle Entscheidungsprobleme der betrieblichen Altersversorgung unter besonderer Berücksichtigung des mittelständischen Betriebs
 - I. Phase der Einführung betrieblicher Versorgungsregelungen
 - 1. Unternehmerhaftung und Rechtsform des Unternehmens
 - 2. Optimale Leistungsplangestaltung
 - 3. Betriebliche Altersversorgung und Tantiemezusagen
 - 4. Optimale Finanzierung betrieblicher Versorgungsleistungen
 - II. Bestandsphase betrieblicher Versorgungswerke
 - 1. Optimierung der Leistungspläne — Einschränkung des arbeitsrechtlichen Obligos
 - 2. Transparenz der Vertragsgrundlagen
 - 3. Dotierungsrahmen und Mitbestimmung
 - 4. Anpassung an geändertes Steuerrecht
 - III. Sonderereignisse
 - 1. Erwerb und Veräußerung eines Betriebs oder eines Betriebsteils
 - 2. Stilllegung von Betrieben
 - 3. Liquidation
 - 4. Betriebsaufspaltung
 - 5. Fusionen und Umwandlungen
- C. Zusammenfassung

Die Sondervergütungen eines Mitunternehmers im Außensteuerrecht

Rechtsanwalt Dr. Egon Sehlütter, Köln, Fachanwalt für Steuerrecht

Einleitung

- I. *Hauptteil:* Sondervergütungen bei Beteiligungen an ausländischen Personengesellschaften in DBA-freiem Land
 1. Behandlung der Sondervergütungen als ausländische Einkünfte und Subsidiaritätstheorie
 2. Verteilung der anzurechnenden ausländischen Steuern

- II. *Hauptteil:* Sondervergütungen und Gewinnbeteiligungen an ausländischen Personengesellschaften in DBA-Ländern
 1. Behandlung bei gleicher subjektiver Qualifikation
 2. Behandlung bei subjektivem Qualifikationskonflikt
 - a) Qualifizierung der ausländischen Personengesellschaft als eigenständiges Steuersubjekt nach ausländischem Recht und als Mitunternehmerschaft nach deutschem Steuerrecht
 - (i) Gewinnbesteuerung
 - (ii) Gewinnausschüttungen
 - (iii) Sondervergütungen
 - b) Qualifizierung der ausländischen Personengesellschaft im Ausland als Mitunternehmerschaft und in der Bundesrepublik als eigenständiges Steuersubjekt
 - (i) Gewinnbesteuerung
 - (ii) Gewinnausschüttungen
 - (iii) Sondervergütungen

Schluss

Grenzen der zivilrechtlichen Betrachtungsweise für das Bilanzrecht — Kritische Würdigung der neueren BFH-Rechtsprechung

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt Dr. jur. Hermann Clemm, München

- I. Einleitung; Darlegung der Grundfragen
- II. Einzelfragen
 1. Zurechnungsprobleme; rechtliches/wirtschaftliches Eigentum; Beispielsfälle Leasing und Pensionsgeschäfte
 2. Mietereinbauten — Aktivierung nur auf der Grundlage einer aktienrechtlichen Gliederungsvorschrift
 3. Zeitpunkt der Bilanzierungspflicht bzw. -fähigkeit von Vermögensgegenständen und Schulden — Aktivierung von Boni und Provisionsansprüchen; Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten
 4. Behandlung schwebender Verträge: Aufgabe des Grundsatzes der erfolgsneutralen Behandlung
 5. Exkurs: Verbrauchsteuern in der Bilanz
 6. Auswirkung der rechtlichen Gestaltung auf die Bewertung; Beispiel: Umstempelung von Börsenpapieren
 7. Spezielle Rückstellungsprobleme
 - a) Schadenbearbeitungskosten in Versicherungsunternehmen
 - b) Bewertung künftiger Sachleistungsverpflichtungen — insbesondere Berücksichtigung künftiger Preissteigerungen
- III. Schlussbemerkung

Korreferat zum Referat Dr. Clemm

Dr. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Gedanken zur „Bilanz im Rechtssinne“

1. Rechnungslegung und Finanzierung
2. Bilanzwahrheit und Gläubigerschutz
3. Eigenkapital und Fremdkapital
4. Rechtliche und wirtschaftliche Bilanzbetrachtung — ein Scheingegensatz
5. Schlussbemerkung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Clemm und Korreferat Dr. Döllerer

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Clemm, München

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Döllerer, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Die nichtgewerblich tätige Personengesellschaft

Dr. Manfred Groh, Hannover, Vorsitzender Richter am Finanzgericht

- I. Rechtfertigung des Themas
- II. Erscheinungsformen der nichtgewerblichen Personengesellschaft
 1. Das gemeinsame Unterscheidungsmerkmal
 2. Die freiberufliche Personengesellschaft
 3. Die land- und forstwirtschaftliche Personengesellschaft
 4. Vermögensverwaltungsgesellschaften
 - a) Grundstücksverwaltungsgesellschaften
 - b) Kapitalverwaltungsgesellschaften
 - c) Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung
- III. Die neue Gewinnermittlungskonzeption und ihre Anwendung auf die nichtgewerbliche Personengesellschaft
 1. Gewinnermittlung bei der gewerblichen Personengesellschaft
 2. Anwendung auf die nichtgewerbliche Personengesellschaft
- IV. Das Ergebnis der Gesellschaft
 1. Bestimmung der Einkunftsart nach den Verhältnissen der Gesellschaft
 - a) Landwirtschaftliche Personengesellschaften
 - b) Freiberufliche Personengesellschaften
 - c) Vermögensverwaltungsgesellschaften
 - d) Innengesellschaften
 - e) Hilfgesellschaften
 2. Konkurrenz von Einkunftsarten
 - a) Zusammentreffen mit gewerblicher Betätigung
 - b) Gewerbliche Tätigkeit durch Halten einer gewerblichen Beteiligung?
 - c) Unterschiedliche nichtgewerbliche Betätigungen
 - d) Konkurrenz zwischen Einkunftsarten der Gesellschaft und der Gesellschafter: Die Geprägetheorie
 - e) Konkurrenz zwischen Einkunftsarten der Gesellschaft und der Gesellschafter: Lösungsmöglichkeiten
 3. Buchführungspflichten
 4. Negatives Kapitalkonto bei der Vermögensverwaltungs-KG

V. Das Sonderergebnis des Gesellschafters

1. Sonderbetriebsvermögen
2. Veräußerungsgeschäfte
3. Sondervergütungen

Korreferat zum Referat Dr. Groh

Prof. Dr. Heinrich-Wilhelm Kruse, Bochum

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Groh und Korreferat Prof. Dr. Kruse

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Groh, Hannover Prof. Dr. Kruse, Bochum

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Die Planung der Rechtsnachfolge bei Personengesellschaften am Maßstab des Ertragsteuerrechts

Prof. Dr. Paul Kirchhof, Münster i. Westf.

- I. Die steuerrechtliche Erfassung zivilrechtlich gestalteter Sachverhalte
 1. Die sog. „Maßgeblichkeit“ des Zivilrechts für das Steuerrecht
 2. Der „Missbrauch“ rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten
 3. Das abdingbare gesetzliche Normalstatut
 4. Der Fremdvergleich
 5. Der fehlgeschlagene Subsumtionsversuch
- II. Gegenstand und Typus der Rechtsnachfolge
 1. Einkünfte und Einkunftsquellen
 2. Besitz, Verwaltung, Nutzung und Verfügung über Vermögen
 3. Gesamtrechtsnachfolge, Nachfolge in das gesamte Vermögen und Einzelrechtsnachfolge
 4. Partielle, vorläufige und gedehnte Rechtsnachfolge
 5. Übertragung mit mehrfachem Rechtsgrund
- III. Die partielle Gesellschaftsteilhabe
 1. Arbeitsverträge
 2. Nießbrauch
 3. Unterbeteiligung
 4. Nebenbeteiligung
- IV. Die Übertragung von Gesellschaftsanteilen
 1. Entgeltliche und unentgeltliche Übertragungen
 2. Übertragung mit Rückfallklauseln
 3. Übertragung mit partieller Rückübertragung
 4. Vorweggenommene Erbfolge und Erbfolge

Korreferat zum Referat Prof. Dr. Kirchhof

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Hannover, Fachanwalt für Steuerrecht

Probleme bei der Koordinierung von Nachfolge- und Abfindungsklauseln im Rahmen einer Betriebsaufspaltung aus zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht

- A. Einleitung
Betriebsaufspaltung als Zusammenwirken einer Kapitalgesellschaft mit personalistisch strukturierten Innen- und Außengesellschaften
- B. Hauptteil
 - I. Anwachsungsprinzip und grundsätzliche Unvererblichkeit von Personengesellschaftsanteilen — Vererblichkeit von GmbH-Anteilen
 - 1. Folgerungen für das Berliner Testament
 - 2. Auswirkungen im Rahmen der Vor- und Nacherbschaft
 - II. Kein Eintrittsrecht der Erben in die Personengesellschaft und gleichzeitige Ermächtigung zur Einziehung des Geschäftsanteils
 - 1. Wertausgleichsanspruch der Erben entsprechend dem wahren Wert des Gesellschaftsanteils
 - 2. Wertausgleichsanspruch der Erben unter dem wahren Wert des Gesellschaftsanteils
 - III. Qualifizierte Nachfolgeklausel und Abfindung unter dem wahren Wert des Gesellschaftsanteils
 - 1. Sonderrechtsnachfolge bei einem Personengesellschaftsanteil
 - 2. Sonderrechtsnachfolge hinsichtlich eines GmbH-Anteils?
- C. Schlussbemerkung:
Rahmenvertrag oder Poolvertrag zur Koordinierung aller Gesellschaftsbeteiligungen im Rahmen einer Betriebsaufspaltung als „erbvertragsähnliche“ Vereinbarung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Prof. Dr. Kirchhof und Referat Dr. Ebeling

Teilnehmer der Aussprache:
Prof. Dr. Kirchhof, Münster Rechtsanwalt und
Notar Dr. Ebeling, Hannover

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Probleme der Steuerklauseln

Rechtsanwalt Dr. Lüder Meyer-Arndt, Köln, Fachanwalt für Steuerrecht

- A) Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
- B) Rechtsnatur der Steuerklauseln und Schwebezustand
- C) Bedenken gegen die Zulässigkeit von Steuerklauseln
- D) Schlussfolgerung

Korreferat zum Referat Dr. Meyer-Arndt

Prof. Dr. Ludwig Schmidt, München, Richter am Bundesfinanzhof

Steuerklauseln

Einleitung

- I. Begriffliches
 1. Herkömmliche Begriffswelt
 2. Ansätze für eine neuartige begriffliche Unterscheidung
 3. Stellungnahme
- II. Negative Steuerklauseln
 1. Ausgangslage
 2. Der Kern der Thesen des Referenten
 3. Bedenken
 4. Unterstützung
 5. Ausblick
- III. Positive Steuerklauseln
 1. Ausgangslage
 2. Verdeckte Gewinnausschüttung an Minderheitsgesellschafter
 3. Verdeckte Gewinnausschüttung bei wirtschaftlicher Interessengleichheit zwischen der Kapitalgesellschaft und den Empfängern der verdeckten Gewinnausschüttung, insbesondere bei der Einmann-GmbH
 4. Überschusseinkünfte

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Meyer-Arndt und Korreferat Prof. Dr. Schmidt

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Meyer-Arndt, Köln

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Das Eigen- und Fremdkapital der Personengesellschaft in ertragsteuerrechtlicher Sicht

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Vorbemerkung
 1. Zum Begriff „Kapital“
 2. Zum Begriff „Personengesellschaft“
 3. Ertragsteuerrechtliche Sicht
- II. Gründung der Personengesellschaft
 1. Umfang des Betriebsvermögens
 - a) Gesellschaftsrechtliche Einlagen
 - b) Sonderbetriebsvermögen
 - c) Darlehen
 - d) Stille Beteiligungen
 2. Bewertung der Einlagen
 3. Materielle Wirtschaftsgüter
 4. Immaterielle Wirtschaftsgüter
- III. Einbringung von Betrieben, Teilbetrieben oder Mitunternehmeranteilen
 1. Einbringungstatbestände
 2. Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens

IV. Kapitalerhöhung

1. Bewertung nachträglicher Einlagen
2. Einbringung von Darlehensforderungen gegen die Personengesellschaft
3. Gewinn- und Verlustbeteiligung eintretender Mitunternehmer
4. Rückwirkungsproblematik
5. Verdeckte Gewinnausschüttungen

V. Kapitalherabsetzung, Ausscheiden von Mitunternehmern

1. Rückgewähr gesellschaftsrechtlicher Einlagen
2. Ausscheiden eines Mitunternehmers mit negativem Kapitalkonto

Korreferat zum Referat Dr. Uelner

Dr. Lothar Woerner, Richter am Bundesfinanzhof, München

Spezifisch ertragsteuerliche Aspekte der Eigenkapitalbildung von Mitunternehmergemeinschaften

I. Die Problematik des Mitunternehmerbegriffes

1. Die Ausstrahlung des Mitunternehmerbegriffes auf die Unterscheidung von Eigenkapital und Fremdkapital
2. Der Mitunternehmerbegriff — flexibel aber schwer berechenbar
3. Die Bildung von Eigenkapital durch Nichtgesellschafter — ein Kuriosum?
4. Einzelfälle
 - a) Der Unterbeteiligte als Gesellschafter der Hauptgesellschaft
 - b) Mitunternehmerschaft aufgrund Unternehmerinitiative
 - c) Mitunternehmer ohne Gewinnbeteiligung?
5. Gewerbesteuerrechtliche Aspekte

II. Bemerkungen zum Hauptreferat

1. Sonderbetriebsvermögen
 - a) Tatsächliche Nutzung nicht erforderlich
 - b) Vereinbarung eines Nutzungsverhältnisses nicht erforderlich
2. Die Behandlung von Darlehen eines Gesellschafters

III. Schlussbemerkungen

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Uelner und Korreferat Dr. Woerner

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Uelner, Bonn Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Woerner, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Das Eigen- und Fremdkapital der Kapitalgesellschaft unter Beteiligung von Inländern

Regierungsdirektor Viktor Sarrazin, Bonn, Bundesfinanzministerium

A. Ausstattung mit Eigenkapital

- I. Maßnahmen der Kapitalbeschaffung
- II. Bareinlagen gegen Gesellschaftsrechte

- III. Sacheinlagen gegen Gesellschaftsrechte
 - 1. Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter
 - 2. Einbringung von Sachgesamtheiten
 - a) Gesamtrechtsnachfolge
 - b) Einzelrechtsnachfolge
 - 3. Verdeckte Einlagen
 - a) Verdecktes Nennkapital
 - b) Sonstige verdeckte Einlagen
 - 4. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
- B. Maßnahmen der Kapitalrückgewähr
 - 1. Kapitalherabsetzung
 - 2. Einziehung von Gesellschaftsanteilen
 - 3. Rückgewähr von Einlagen
 - 4. Liquidation
- C. Ausstattung mit Fremdkapital
 - I. Stille Beteiligung
 - 1. Typische stille Gesellschaft
 - 2. Mitunternehmerschaft
 - II. Darlehen und Stundung sonstiger Geldforderungen
 - 1. Gewinnabhängiger Zins
 - 2. Normaler Zins
- D. Zusammenfassung

Korreferat zum Referat Sarrazin

Rechtsanwalt und Notar, Wirtschaftsprüfer Werner Jurkat, Frankfurt, Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Begriff, Formen und Bedeutung des Eigenkapitals
 - 1. Begriff des Eigenkapitals
 - 2. Formen des Eigenkapitals
 - 3. Qualitäten des Eigenkapitals
 - 4. Steuerliche Aspekte
- II. Begriff, Formen und Bedeutung des Fremdkapitals
 - 1. Begriff des Fremdkapitals
 - 2. Formen des Fremdkapitals
 - 3. Qualitäten des Fremdkapitals
 - 4. Steuerliche Aspekte
 - a) Problemstellung
 - b) Gesellschafterbezogenes Fremdkapital
 - c) Nicht gesellschafterbezogenes Fremdkapital
- III. Steuerlicher Belastungsvergleich zwischen Eigenkapital- und Fremdkapitalfinanzierung
 - 1. Steuerliche Belastung der Eigenkapitalfinanzierung
 - a) Die Besteuerung der Selbstfinanzierung (Innenfinanzierung)
 - b) Die Besteuerung der außenfinanzierten Eigenkapitalzuführung
 - (i) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
 - (ii) Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner
 - (a) Laufende Kosten
 - (b) Einmalige Kosten
 - c) Die Besteuerung im Falle des Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahrens
 - 2. Steuerliche Behandlung der Fremdkapital-Finanzierung
 - 3. Ergebnisse und Folgerungen aus dem Belastungsvergleich Eigenkapital/Fremdkapital
 - a) Vorbemerkung
 - b) Vergleich Fremdkapital — Eigenkapitalfinanzierung
 - c) Folgerungen in Bezug auf das Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahren

- IV. Formen und Zulässigkeit des Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahrens im Falle der Eigenkapitalfinanzierung
 1. Formen
 2. Zulässigkeit

- V. Möglichkeiten und Grenzen der Umformung von Eigenkapital in Fremdkapital Vorbemerkung
 1. Das Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahren
 - a) Zur Zulässigkeit
 - b) Formen des Hol-zurück
 - c) Grenzen
 2. Maßnahmen der Kapitalrückgewähr
 3. Überlegungen zur Herstellung einer optimalen Kapitalstruktur

- VI. Einzelfragen
 1. Verdecktes Stammkapital – verdeckte Einlagen
 2. Zur stillen Gesellschaft als Form der Fremdfinanzierung - Einzelfragen

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Sarrazin und Korreferat Jurkat

Teilnehmer der Aussprache:

Regierungsdirektor Sarrazin, Bonn

Wirtschaftsprüfer Jurkat, Frankfurt

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bonn

Die Grenzen der Fremdfinanzierung der Kapitalgesellschaft unter Beteiligung von Ausländern

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dipl.-Kaufm Dr. Dieter Lotz, Frankfurt

1. Vorbemerkungen
2. Steuerliche Auswirkungen bei der ausländischen Muttergesellschaft im Ausland
 - a) Darlehen
 - b) Stille Gesellschaft
 - c) Partiarisches Darlehen
3. Fremdfinanzierung im inländischen Steuerrecht
 - a) Darlehen
 - b) Typische stille Gesellschaft
 - c) Atypische stille Gesellschaft
 - d) Partiarisches Darlehen
 - e) Nichtanerkennung
4. Abgrenzungsmerkmale
 - a) Allgemeine Grundsätze
 - b) Gesellschafter und Angemessenheit
 - c) Fremdvergleich
5. Darlehen
 - a) Gesellschafterdarlehen und verdecktes Stammkapital
 - b) Angemessenheit der Zinsen
6. Stille Gesellschaft
 - a) Verdecktes Stammkapital
 - b) Atypische stille Gesellschaft
 - c) Angemessenheit des Gewinnanteils
7. Partiarisches Darlehen
 - a) Abgrenzung zur stillen Gesellschaft
 - b) Verdecktes Stammkapital
 - c) Angemessene Gewinnbeteiligung
8. Umfinanzierungen
9. Zukünftige Entwicklungen

Korreferat zum Referat Dr. Lotz

Ministerialrat Friedrich Wrede, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Einleitung
- II. Schichtung des Anteilbesitzes von Ausländern
- III. Handelsrechtliche Grenzen
 1. Rechtsprechung des Reichsgerichts
 2. Rechtsprechung des BFH
 3. Entwurf eines neuen GmbHG
- IV. Devisenrechtliche Grenzen
- V. Steuerliche Vorteile der Fremdfinanzierung
- VI. Steuerliche Grenzen der Fremdfinanzierung
 1. Gesetzliche Regelung
 2. Problem des verdeckten Stammkapitals
 3. Rechtsprechung des I. Senats zum verdeckten Stammkapital
 4. Rechtsprechung des IV. Senats zum verdeckten Stammkapital
 5. Rechtsprechung des III. Senats zum verdeckten Stammkapital
 6. Rechtsprechung zum Widmungskapital
 7. Abgrenzung typische gegen atypische stille Gesellschaft
- VII. Fremdfinanzierung im Ausland
- VIII. Die Entwicklung des Problems seit der Körperschaftsteuerreform
- IX. Geplante gesetzliche Regelung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Lotz und Korreferat Wrede

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Lotz, Frankfurt
Ministerialrat Wrede, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Problemfälle des verwendbaren Eigenkapitals

Referent und Bearbeiter Arbeitsunterlagen:

Ministerialrat Dr. Siegfried Widmann, München, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

- I. Verhältnis zur Handels- und Steuerbilanz
 1. Differenz zur Handelsbilanz wegen zu hoher Körperschaftsteuerückstellung
Beispiel 1
 2. Differenzen wegen verdeckter Gewinnausschüttung
Beispiel 2
- II. Negativer Teil des verwendbaren Eigenkapitals
 1. Negatives EK 56
Beispiel 3
 2. Negatives EK 04 bei Einbringungen
Beispiel 4
 3. Negativer Saldo — positive Teile
Beispiel 5

- III. Eigene Anteile der Kapitalgesellschaft und verwendbares Eigenkapital
 - 1. Einziehung zu Lasten der Rücklage ohne vorangegangene Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
Beispiel 6
 - 2. Einziehung durch Kapitalherabsetzung ohne vorangegangene Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
Beispiel 7
- IV. Ausgleichsposten im Rahmen eines Gewinnabführungsvertrags und verwendbares Eigenkapital
Beispiel 8
- V. Das verwendbare Eigenkapital und ausländische Einkünfte
Beispiele 9-13